

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP, SPÖ, GRÜNE und NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Maßnahmen gegen Auto-Poser

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Polizei und der Magistrat der Stadt Wien werden ersucht, die Schwerpunktkontrollen im Bereich Hoher Markt / Tuchlauben / Brandstätte / Rotenturmstraße weiter intensiv fortzusetzen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit von temporären Änderungen der Verkehrsorganisation (z. B. Fahrgebote, Fahrverbote) für die Nachtstunden an Wochenenden entlang der Routen der sogenannten „Auto-Poser“ geprüft werden.

BEGRÜNDUNG

Erfreulicherweise wurden die Schwerpunktkontrollen der Polizei und der beteiligten Dienststellen des Magistrats entlang der „Auto-Poser“-Routen im Bereich Hoher Markt / Tuchlauben / Brandstätte / Rotenturmstraße mittlerweile intensiviert. Dies soll auch in den Sommermonaten weiter regelmäßig fortgesetzt werden. Es ist zu hoffen, dass die Kontrollen ausreichend Wirkung zeigen.

Dennoch ist es wichtig, darüber hinaus rechtzeitig zusätzliche Maßnahmen zu prüfen, um diese bei Bedarf schnell umsetzen zu können und die Nachtruhe der Bewohnerinnen und Bewohner im betroffenen Gebiet sicherzustellen.

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP, SPÖ, GRÜNE und NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Kunststoff-Hufbeschläge für Fiakerpferde

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, Kunststoff-Hufbeschläge für Fiakerpferde verpflichtend vorzusehen.

BEGRÜNDUNG

Die gängigen Hufbeschläge aus Metall verursachen erhebliche Schäden an den Straßen. Durch diese zusätzliche Abnutzung verringern sich die notwendigen Sanierungsintervalle, wodurch pro Jahr Mehrkosten von mehreren hunderttausend Euro für die Straßenerhaltung entstehen. Gerade in budgetär angespannten Zeiten ist dieser finanzielle Mehraufwand nicht mehr rechtfertigen.

Einige Betriebe haben schon vor längerer Zeit auf Kunststoff-Hufbeschläge umgestellt, die den Straßenbelag weniger beanspruchen, leiser sind und aufgrund ihrer dämpfenden Wirkung auch aus veterinärmedizinischer Sicht sinnvoll sind.

Da andere Betriebe diesem Beispiel noch nicht gefolgt sind, erscheint eine verpflichtende Einführung von Hufbeschlägen aus Kunststoff notwendig.

Betrifft: Konzept für Ladezonen (Gregor Raidl)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und dem Bezirk ein Konzept für die Verteilung von Ladezonen zu erstellen. Dabei sollen alle bestehenden Ladezonen evaluiert werden und aufeinander abgestimmt werden. Dadurch können dann auch Ladezonen zusammengelegt werden.

Begründung:

Wir haben einen sehr starken Nutzungsdruck in der Inneren Stadt, weshalb man nicht immer eine Ladezone direkt vorm Geschäft gewährleisten kann. Zusätzlich dazu wurden viele Ladezonen auf Ansuchen von Geschäften bewilligt, jedoch wurden diese in der Regel nicht aufeinander abgestimmt. Deshalb gibt es zB 3 Ladezonen mit unterschiedlichen Uhrzeiten in einer Gasse anstatt einer mit längeren Zeiten.

Betrifft: Wiederherstellung der Lebensqualität im Rathausviertel während

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird gemeinsam mit den Wiener Linien ersucht, während der Bauunterbrechung des Projekts U2/U5 den durch die Baustelleneinrichtungen beschränkten und gesperrten öffentlichen Lebens- und Aufenthaltsraum der Allgemeinheit wieder zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Während der Bauunterbrechung des Projekts U2/U5 führen die nach wie vor eingerichteten Baustellen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität von Anrainerinnen und Anrainern durch eingeschränkte Erreichbarkeit, Wegfall von Grün- und Aufenthaltsflächen sowie der Behinderung von Verkehrswegen. Betroffen sind insbesondere die Bereiche Universitätsstraße/ Reichsratsstraße, Florianipark/ Friedrich-Schmidt-Platz, Rathausstraße/ Lichtenfelsgasse.

Die Stadt Wien und die Wiener Linien werden ersucht, umfassend zu prüfen, ob die bestehenden Baustelleneinrichtungen noch benötigt werden. Die betroffenen Bereiche im Rathausviertel können durch Abbau der Baustellen wieder in einen Zustand versetzt werden, der die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums gewährleistet, insbesondere, da weitere Verzögerungen beim Projekt und somit eine längere Bauunterbrechung nicht ausgeschlossen werden können.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Freihaltung der Bushaltestelle Stephansplatz

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, im Bereich der Bushaltestelle Stephansplatz vor Brandstätte ONr. 1 einen Busfahrstreifen einzurichten oder alternativ die Haltestelle mittels Markierung auf der Fahrbahn zu kennzeichnen.

BEGRÜNDUNG

Linienbusse werden bei der Zufahrt in die Haltestelle Stephansplatz häufig von anderen Kfz behindert. Es mögen daher Maßnahmen geprüft werden, um den Haltestellenbereich für Linienbusse freizuhalten.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Subjektive Sicherheit Griechengasse / Hafnersteig

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, den Bereich Griechengasse / Hafnersteig hinsichtlich der dort von Anrainerinnen und Anrainern wahrgenommenen Beeinträchtigungen der subjektiven Sicherheit zu evaluieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu prüfen. Dabei sollen insbesondere mögliche Maßnahmen im Bereich der Beleuchtung, der Gestaltung des öffentlichen Raums sowie sonstige sicherheitsfördernde Vorkehrungen berücksichtigt werden.

BEGRÜNDUNG

Von Anrainerinnen und Anrainern des Bereichs Griechengasse / Hafnersteig wird wiederholt berichtet, dass die subjektive Sicherheit insbesondere in den Abend- und Nachtstunden beeinträchtigt ist. Als Gründe werden unter anderem die teilweise als unzureichend empfundene Beleuchtung sowie regelmäßige Lärmentwicklungen und Sachbeschädigungen genannt.

Unabhängig von der objektiven Sicherheitslage stellt die subjektive Sicherheit einen wesentlichen Faktor für die Lebensqualität und die Nutzung des öffentlichen Raums dar. Es erscheint daher zweckmäßig, die örtliche Situation durch die zuständigen Stellen näher prüfen zu lassen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Anrainerinnen und Anrainern zu identifizieren.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Sicherheit des Fiakerbetriebs

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob strengere Sicherheitsauflagen für den Fiakerbetrieb erforderlich sind. Zudem möge das Erfordernis intensiverer Kontrollen des Gesundheitszustands und der Haltungsbedingungen von Fiakerpferden geprüft werden.

BEGRÜNDUNG

Der jüngste Unfall in der Habsburgergasse, bei dem ein Kutscher, zwei Fahrgäste und zwei Fiakerpferde verletzt wurden, gibt Anlass zur Sorge über die Sicherheit des Fiakerbetriebs. Es ist zu gewährleisten, dass der Fiakerbetrieb für Beschäftigte, Fahrgäste und Pferde sicher ist und höchstmögliche Tierschutzstandards eingehalten werden.

Antrag: Garage Am Hof
(Alexander Hirschenhauser)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Resolutions-Antrag

Die Bezirksvertretung Innere Stadt spricht sich dagegen aus, dass die Tiefgarage Am Hof erweitert wird.

Begründung:

Im Wiener Gemeinderat wurde am 19.5. d.J. ohne Not ein neuer Baurechtsvertrag mit der Betreiberfirma der Tiefgarage Am Hof beschlossen. Die Laufzeit des neuen Vertrages ist mit 31.12.2105 bemessen, obwohl der bestehende Vertrag ohnedies noch bis 31.3.2042 gegolten hätte. In seiner Wortmeldung nannte GR Niedermühlbichler (SPÖ) als Begründung für diese vorzeitige Laufzeitverlängerung den Wunsch des Garagenbetreibers nach mehr Rechtssicherheit, weil er die Garage um weitere zwei Tiefgeschosse erweitern möchte, um die Kapazität der Garage mit mehreren hundert zusätzlichen Stellplätzen zu erhöhen.

Einerseits ist es nicht wünschenswert, wenn mitten im Zentrum der Inneren Stadt zusätzliche PKW-Stellplätze verkehrserregend wirken.

Andererseits sollen demnächst sehr kostspielige Investitionen in ein kameraunterstütztes Zufahrtsmanagement-System ausgeschrieben werden, das für Verkehrsberuhigung in der Inneren Stadt sorgen soll. In diesem Kontext gesehen ist es geradezu kontraproduktiv, wenn gleichzeitig zusätzliche Garagenplätze tief im Inneren des geplanten verkehrsberuhigten Bereichs errichtet werden. Hunderte zusätzliche Zu- und Abfahrten täglich würden den Wirkungsgrad der geplanten verkehrsberuhigenden Maßnahmen senken und somit die Sinnhaftigkeit der Investitionen in die Verkehrsberuhigung schädigen.

Antrag: Baum-Monitoring
(Arthur Gillay)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, ein systematisches Monitoring- und Evaluierungssystem für Gesundheitszustand und Pflegebedarf der Stadtbäume auch in der Inneren Stadt aufzubauen. Insbesondere das Projekt „Smart Trees“ mit Bodenfeuchtesensoren, welches die Wiener Stadtgärten in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wien Digital und Wien Energie seit Anfang 2024 entwickeln, soll so rasch wie möglich auch in der Inneren Stadt umgesetzt werden.

Die Ergebnisse des Monitorings sollen jährlich im Umweltausschuss berichtet werden und als Grundlage für klimaangepasste Standortplanung, Baumartenwahl und Pflegekonzepte dienen.

Begründung:

Mit der fortschreitenden Klimakrise wird es immer wichtiger, die Vitalität und Widerstandsfähigkeit unserer Stadtbäume langfristig sicherzustellen. Dafür braucht es neben ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen insbesondere eine fundierte Datengrundlage über den Zustand der Bäume im Bezirk sowie eine bedarfsgerechte Pflege und Bewässerung.

Stadtbäume leisten einen wesentlichen Beitrag zur Anpassung an die Klimakrise und erhöhen die Lebensqualität der Bevölkerung. Angesichts zunehmender Hitze- und Trockenperioden braucht es eine vorausschauende und datengestützte Pflege, um den Baumbestand langfristig zu sichern und die Kühlwirkung im öffentlichen Raum zu erhalten. Ein systematisches Monitoring kann dazu beitragen, Hitzeschäden frühzeitig zu erkennen, Pflege- und Bewässerungsmaßnahmen gezielt einzusetzen und künftige Baumpflanzungen noch besser an die klimatischen Bedingungen anzupassen.

Antrag: Beleuchtung Fleischmarkt
(Lea Samonig)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag
(Verweis SiZiKo)

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, am Fleischmarkt zwischen Rotenturmstraße und Postgasse die Ausleuchtung mittels Lumen-Messungen zu überprüfen und in den schwächer beleuchteten Bereichen für mehr Licht zu sorgen. Das Ziel möge eine durchgehend gut beleuchtete Straße sein.

Begründung:

Die Lichtquellen der öffentlichen Beleuchtung am Fleischmarkt sind entlang des Verlaufs des Straßenzuges in unterschiedlichen Abständen montiert. Dies führt dazu, dass es besser und schlechter ausgeleuchtete Bereiche gibt und es ist schwer nachvollziehbar, warum es diese Unterschiede bei der Belichtung gibt.

Betreff: Sitz- und Verweilmöglichkeiten in der Börsegasse

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, im Bereich Börsegasse 5, gegenüber der Volksschule Börsegasse, unter Berücksichtigung der vorhandenen schattenspendenden Bäume und in Abstimmung mit der benachbarten Schule zusätzliche konsumfreie Sitz- und Verweilmöglichkeiten zu errichten.

Im Hinblick auf die sommerliche Hitzebelastung in der Inneren Stadt wird um eine zeitnahe Umsetzung ersucht.

Begründung

Im Sinne einer fußgängerfreundlichen Inneren Stadt leisten konsumfreie Verweilorte einen wichtigen Beitrag zur Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die vorhandenen Bäume bieten dafür besonders geeignete Rahmenbedingungen, um attraktive, schattige Aufenthaltsmöglichkeiten zu schaffen.

Durch zusätzlich platzierte Sitzmöbel sowie Tisch-Bank-Kombinationen wird der Bereich rund um die Volksschule Börsegasse für Schüler:innen, Eltern und Bewohner:innen auch als Ort der Begegnung gestärkt.



(Andrea Dobida)

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Schanigärten

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, genehmigte Schanigärten nicht nach einem beschwerdefreien Ersten Jahr in einen 6-jährigen Dauerbetrieb umzuwandeln. Der Weiterbestand soll bei Beschwerdefreiheit unbürokratisch jeweils um ein weiteres Jahr verlängert werden können. Bei einer sechs jährigen "Dauergenehmigung" ist es kaum möglich, ev. notwendige Veränderungen vorzunehmen.

BEGRÜNDUNG

Um auf mögliche sinnvolle Änderungsnotwendigkeiten rasch reagieren zu können ist es erstrebenswert, Schanigartengenehmigungen jährlich zu bestätigen.

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Info-Tafel, Dr. Karl Lueger

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, eine Informationstafel vor dem Lueger-Denkmal aufzustellen, auf der die Verdienste des ehemaligen Bürgermeister Dr. Karl Lueger aufgelistet sind.

Besonders hervorzuheben sind seine Verdienste zur Kommunalisierung der Stadt, das bedeutet: aus privatem Besitz gelöste Elektrizitätswerke, die Gasversorgung und die Verkehrsbetriebe. Die Förderung und den Bau von Volksbädern, Versorgungsheimen, Krankenhäusern und Waisenhäusern. Die Erweiterung von Infrastruktur und Grünanlagen, wie den Ausbau des Verkehrsnetzes und der städtischen Parkanlagen. Unter seiner Führung wurde die zweite Wr. Hochquellwasserleitung gebaut, die damals schon für mehr als 2 Mill. Bewohner konzipiert wurde.

Die Infotafel ist von einem neutralen Historiker zu schreiben, der Bediensteter der Gemeinde Wien ist.

BEGRÜNDUNG

Als promovierter Jurist (1870) und Mitglied der katholischen Studentenverbindung KaV Norica Wien, können ihm weder damals noch heute gesetzliche Verfehlungen vorgeworfen werden. Von seinen umgesetzten Vorhaben profitiert heute noch die gesamte Bevölkerung von Wien.

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Maximilian Meran)

ANTRAG

betreffend: „Taubenabwehr-Figur“

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob und wenn ja wo, eine „Taubenabwehr-Figur“ nach dem Vorbild in der Stiftgasse bei einigen „Tauben-Hot-Spots“ in unserem Bezirk möglich wären.

BEGRÜNDUNG

Da die Figur in der Stiftgasse ihren Sinn erfüllt und Tauben sowie Krähen vertreibt, wäre es für unseren Bezirk sinnvoll, mit einer solchen Figur etwas Neues zu wagen und so gegen Tauben und Krähen vorzugehen.

Ferner könnte diese Figur nach Fertigstellung auch als Projekt von einer der bezirksansässigen Schulen bemalt und verschönert werden. Dies würde den Kindern und Jugendlichen auch das Gefühl geben etwas für ihren Bezirk tun zu können und Teil einer Lösung zu sein!



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Mag. Wolfgang Mayer)

ANTRAG

betreffend: Instandsetzung Fahrbahn Brandstätte zwischen Tuchlauben und
Bauernmarkt

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht die Fahrbahn in der Brandstätte zwischen
Tuchlauben und Bauernmarkt wieder richtig instandzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Da die Fahrbahn auf der Brandstätte zwischen Tuchlauben und Bauernmarkt schon
mehr als nur leicht beschädigt ist, ist eine rasche Instandsetzung zur Gewährleistung
der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer – von Fiaker über Citybusse und Fußgänger
bis hin zu Fahrradfahrern – unabdingbar.